

Antrag

der Abgeordneten **Waldhäusl, Königsberger, Ing. Huber, Tauchner, Schwab** und **Sulzberger**

betreffend **Reduktion der Treibstoffpreise**

Die Entwicklung der Treibstoffpreise im letzten Jahr und insbesondere in den letzten Monaten und Wochen hat einen traurigen Höhepunkt erreicht. Der Rohölpreis ist seit dem Jänner 2007 um 53 % gestiegen.

Gewinner dieser extremen Verteuerung ist unter anderem der Finanzminister. Durch den Steueranteil für 1 Liter Diesel von 47,1 % und für Benzin von 55,3 % betragen die zusätzlichen Mehrwertsteuer-Einnahmen fast 290 Millionen Euro. Die von der Bundesregierung beschlossene Mineralölsteuererhöhung im vorigen Jahr bringt dem Fiskus weitere 440 Millionen Euro an Mehreinnahmen.

Man kann hier bewusst, wie auch die Autofahrerklubs immer wieder betonen, von einem „Spritsteuer-Wahnsinn“ sprechen. Im vergangenen Jahr haben Österreichs Autofahrer ca. 10,7 Milliarden Euro für Treibstoff bezahlt. Fast die Hälfte davon ist durch Mineralöl- und Mehrwertssteuer an den Finanzminister geflossen.

Die Leidtragenden dieser Entwicklung sind die Bürger, die ohnehin schon mit rückläufigen Reallöhnen zu kämpfen haben. Nun können sich die niederösterreichischen Autofahrer und vor allem die Pendler die Fahrt mit dem Auto fast nicht mehr leisten. Auf Grund der generell gestiegenen Lebenserhaltungskosten ist ein Treibstoffpreis gedeckelt auf 1 Euro pro Liter als realistisch verkraftbar zu betrachten.

Die gefertigten Abgeordneten stellen daher folgenden den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- 1) Die Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung vorstellig zu werden und die Einführung eines Modells der Deckelung bei Treibstoffpreisen von 1 Euro pro Liter zu erwirken.
- 2) Die Landesregierung wird aufgefordert, in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich für die 350.000 niederösterreichischen Pendler einen niederösterreichischen Tankgutschein in der Höhe von 150,- Euro/jährlich einzuführen.

Der Herr Präsident wird ersucht diesen Antrag dem Wirtschafts- u. Finanzausschuss so rechtzeitig zur Vorberatung zuzuweisen, dass eine Behandlung am 18. Juni 2008 möglich ist.